KLARTEXT

Sozialistische Monatszeitung für
Rostock und den Landkreis Rostock

DIE LINKE.

Nr. 262 - 28. Jahrgang
NOVEMBER 2020
Spendenbeitrag 50 Cent

MISSION DIREKTMANDAT

Dietmar Bartsch wird auch 2021 unser Direktkandidat im Wahlkreis 14 sein. Sein Ziel ist es, das Direktmandat für die LINKE zu holen.

Etwa 130 Maskierte kamen am 23. Oktober in der Rostocker Stadthalle zusammen, um darüber zu entscheiden, wer bei der Bundestagswahl 2021 dem CDU-Abgeordneten Peter Stein das Direktmandat abnehmen soll. Der Wahlkreis 14 umfasst die Hansestadt Rostock, die amtsfreien Gemeinden Dummerstorf, Graal-Müritz, Sanitz sowie Amt Carbäk, Amt Schwaan, Amt Tessin und Amt Warnow-West. Peter Stein konnte den Wahlkreis 2017 mit 29,5 % gewinnen, Dietmar Bartsch holte 24,8 % der Stimmen.

Der Rostocker Co-Kreisvorsitzende Carsten Penzlin ging in seiner Begrüßung kritisch auf die Bilanz von Peter Stein ein. Dieser sei zwar im Wahlkreis sehr präsent, aber sein Einfluss in Berlin doch sehr klein. Rostock brauche aber in diesen Zeiten eine gewichtige Stimme in Berlin, auch im Hinblick auf die Zukunft der maritimen Industrie. Carsten hält es für realistisch, den Wahlkreis 2021 für die

LINKE zu holen. Schließlich gäbe es keinen Merkel-Bonus mehr, und die Grünen werden versuchen, in der CDU-Wählerklientel zu punkten. Warum soll es uns nicht gelingen, mit einem bekannten Kandidaten und einem klaren sozialen Profil den blassen CDU-Kandidaten zu überflügeln?

Der einzige Kandidat des Abends, der Co-Vorsitzende der Bundestagsfraktion Dietmar Bartsch, ließ keinen Zweifel daran, dass er sich den Gewinn des Direktmandats zutraut. Rostock müsse im Bundestag in der ersten Reihe vertreten sein.

In seiner Bewerbungsrede skizzierte Dietmar die Fehlentwicklungen der vergangenen Jahre. Pervers sei die Entwicklung der Lohnunterschiede, z.B. wenn ehemalige Bahn-Vorstände 20.000 Euro Pension im Monat bekommen. Während sich in der Ära Merkel die Zahl der Millionäre verdoppelt habe, sei Gleiches auch mit den von Kinderarmut Betroffenen passiert. Die Politik gegenüber den Geflüchteten sei beschämend, so Dietmar.

Fortsetzung auf Seite 3

ERFOLG FÜR GÜSTROWER ANTIFASCHISTEN

Die Stadtvertretung in Güstrow hat auf Antrag von SPD, Linken und Freien Wählern eine bereits 2016 beauftragte Studie über „Die Kampflose Übergabe der Stadt Güstrow im Jahr 1945“ mehrheitlich abgewiesen. Die 60.000 Euro teure Studie der historischen Fakultät der Universität Rostock wurde als unwissenschaftlich mehrheitlich abgelehnt, erscheint nicht in einer Ausstellung des Stadt-Museums und wird auch nicht gedruckt werden. Der mit der Studie beauftragte ehemalige Mitarbeiter des Historischen Instituts der Universität Rostock Dr. Ingo Sens hatte die kampflose Übergabe der Stadt Güstrow unter Beteiligung von Güstrower Antifaschisten in Artikeln zu seiner Studie als kommunistischen Mythos bezeichnet. Tatsächlich sei die Einnahme Güstrows durch die Rote Armee von Gewalt und 400 Massenselbstmorden geprägt gewesen. Güstrower Antifaschisten hatten daraufhin im Archiv andere Belege gefunden und diese in der Schweriner Volkszeitung und auf der Homepage der VVN-BdA MV bekannt gemacht. Demnach wirkte ein lose Widerstandsgruppe in Güstrow aktiv an der kampflosen Übergabe mit. Dem ehemaligen Arbeitsamtsdirektor Wilhelm Beltz gelang es, den Standortkommandeur von Güstrow zu überzeugen, abrückende Truppen an der Stadt vorbeizuführen. Zusammen mit der ukrainischen Dolmetscherin Slata Kowalewskaja nahm er Kontakt zu den sowjetischen Truppen auf, um eine Wiederholung der durch Widerstandshandlungen provozierten Gewalt in Demmin mit abgebrannten Stadteilen und Massenselbstmorden in Güstrow zu verhindern. Tatsächlich konnte er die in Güstrow einrückenden Truppen über die geplanten Übergabeabsichten noch informieren. Derweil hatte Pastor Grunert den Stadtkommandanten überzeugen können, den sowjetischen Truppen Parlamentarier entgegenzuschicken und so massive Zerstörungen und Kriegsopfer wie in anderen Orten zu verhindern. Slata Kowalewskaja wurde 1997 zur Ehrenbürgerin der Stadt Güstrow ernannt. Die kampflose Übergabe der Stadt Güstrow ist wesentlich Güstrower Antifaschisten zu verdanken. Dr. Sens hatte versucht, diese Tatsachen in der Geschichtsschreibung zu entwerten und 75 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus mit einer Schwerpunktverschiebung in der Geschichtsbetrachtung hin zu den vielfachen Selbstmorden nicht mehr an die Leistungen einer kleinen Gruppe von Nazi-Gegnern zu erinnern.

Axel Holz, VVN-BdA

In dieser Ausgabe

Seite 2: Ostdeutschland
Seite 3: Dietmar Bartsch
Seite 4: Klausurtagung Landkreis
Seite 5: Flughafen Laage
Seite 6/7: Bürgerschaft
Seite 8: Migrantenrat
Seite 9: Geschichte
Seite 10: Gesundheitspolitik
Seite 11: Haustürwahlkampf
Seite 12: Kulturpolitik

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,
da hatten wir extra den Redaktionsschluss nach hinten verschoben, um Euch über den Bundesparteitag der LINKEN zu informieren. Dann wurde der Parteitag einfach abgesagt, so dass unser Parteitagschefreporter Christian Albrecht vorerst nicht zum Zuge kam. Wir haben es trotzdem geschafft, unsere Seiten zu füllen.
Gerade noch rechtzeitig wählten Genoss*innen aus Rostock und den zum Wahlkreis 14 gehörenden Städten und Gemeinden des Landkreises Rostock unseren Bundestags-Direktkandidaten. Das Foto auf Seite 1 verrät, um wen es sich handelt. Wir wollen den Wahlkreis für die LINKE zurückholen.
Ausführlich widmen wir uns der vergangenen Bürgerschaftssitzung. Vielen Dank an Martin Raspe, der uns künftig über die Aktivitäten unserer Fraktion informieren wird. Die BUGA wird uns ein paar Jahre begleiten, wir sie aber auch – nämlich kritisch. Wolfgang Methling berichtet aus der Arbeit des Kreistages. Die Anwohner des Flughafens Laage erleben ruhigere Tage, denn zivile Flüge finden derzeit nicht mehr statt. Auch deshalb ist es richtig, über Alternativen für diesen wichtigen Wirtschaftsstandort zu sprechen.
Nun wurde auch noch der Landesparteitag auf den 9. Januar 2021 verschoben. Deshalb wird in diesem Jahr kein KLARTEXT mehr erscheinen, wir wünschen Euch aber schon jetzt ein frohes Weihnachtsfest, hoffentlich im Kreise Eurer Lieben, und einen guten Rutsch ins neue Jahr, das sicherlich ein besseres wird. Bleibt alle gesund und passt gut auf Euch auf! Viel Vergnügen beim Lesen dieser Ausgabe unserer Mitgliederzeitung wünscht Euch die KLARTEXT-Redaktion. *Carsten Penzlin*

AKTUELLES

Soziale Gerechtigkeit, Arbeit, Bildung in Corona-Krise wichtiger denn je

Zum MV-Monitor 2020 *der Landesregierung erklärt die Vorsitzende der Linksfraktion,* Simone Oldenburg*:*
„Die aktuelle Umfrage der Landesregierung zeigt, dass zahlreiche Probleme im Land unverändert bestehen – allen voran im Gesundheitswesen, an den Schulen und Hochschulen sowie in der Wirtschaft.
Auch der fehlende Zusammenhalt in der Gesellschaft wird kritisiert. Soziale Gerechtigkeit, Arbeit und Bildung sind die Politikfelder, in denen der größte Handlungsbedarf gesehen wird. Darauf macht meine Fraktion seit Jahren aufmerksam – gerade die Corona-Krise hat diese Probleme schmerzhaft deutlich gemacht und sogar verstärkt. Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass die Zustimmung zur Politik der Landesregierung sinkt.
Vergleicht man die Zufriedenheit der Menschen in den verschiedenen Politikbereichen ist eine allgemeine Verschlechterung erkennbar. Die Lebensqualität hat sich in der Wahrnehmung der Menschen verschlechtert, vor allem bei den Älteren – anhaltende Rentenungerechtigkeiten, Probleme in den Alten- und Pflegeeinrichtungen sind mit Sicherheit maßgebliche Ursachen für die Unzufriedenheit der älteren Menschen.
Wir sehen unsere politischen Schwerpunkte mit den Themen Soziale Gerechtigkeit, gute Arbeit, gute Bildung und Bekämpfung des Rechtsextremismus bestätigt. Darüber hinaus müssen Langzeitarbeitslose besser unterstützt und strukturschwache Regionen wirksamer gefördert werden.“

AKTUELLES

Die Aufklärung des NSU-Komplexes muss weitergehen

Zum 9. Jahrestag der Selbstenttarnung des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) erklärt der Obmann der Linksfraktion im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) „NSU“ im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, Peter Ritter:

„Neun Jahre nach der Selbstenttarnung des NSU liegt auch in M-V noch vieles im Dunkeln. Weshalb kamen die Rechtsterroristen am 25. Februar 2004 nach Rostock, um Mehmet Turgut zu ermorden? Erhielten Sie einen Tipp und Hilfe von lokalen Unterstützern? Kannte der Landesverfassungsschutz bereits vor dem Mord eine Organisation mit dem Kürzel ‚NSU‘? Hätten zahlreiche Morde verhindert werden können, wenn die vorliegenden Erkenntnisse richtig analysiert worden wären?

Der Schweriner Landtag versperrte sich zu lange einer parlamentarischen Aufarbeitung der rassistischen Terrorserie. Dennoch ist die Arbeit des NSU-Untersuchungsausschusses unerlässlich. Die rechten Terroranschläge von Halle, Hanau und Kassel belegen, dass wir wachsam sein müssen. Es ist dringend erforderlich, schwerwiegende Fehler der Vergangenheit aufzuarbeiten, um neue Taten zu verhindern.

Der Ausschuss hat die Ermittlungen zum Mord an Mehmet Turgut intensiv aufgearbeitet. Trotz gegenteiliger Behauptungen aus dem Innenministerium ist deutlich geworden, dass die Ermittlungen nicht unvoreingenommen geführt wurden. Die Opfer sollten in ein kriminelles Milieu gerückt werden. Dem persönlichen Umfeld, das Neonazis hinter den Hinrichtungen vermutete, wurde nicht geglaubt. Es sollte nicht sein, was nicht sein durfte. Das darf sich nicht wiederholen!

Bis zum Sommer nächsten Jahres werden wir unseren Untersuchungsauftrag nicht erfüllen können. Zu viele Fragen sind ungeklärt. Das Versprechen der Bundeskanzlerin auf umfassende und rückhaltlose Aufklärung, das sie den Hinterbliebenen der Terrorserie gab, wurde bislang nicht eingelöst. Alle, die ein ernsthaftes Interesse an der Aufklärung des NSU-Komplexes haben, müssen sich für die Fortsetzung des Untersuchungsausschusses in der kommenden Legislaturperiode einsetzen. Lippenbekenntnisse allein reichen nicht.“

KREISVERBAND ROSTOCK

DIETMAR BARTSCH ZUM DIREKTKANDIDATEN GEWÄHLT

Fortsetzung von Seite 1

Solidarität statt Ellenbogen, forderte Dietmar. DIE LINKE müsse als Sozialstaatspartei in den Wahlkampf ziehen. Unsere Forderungen, der Staat solle 20 Milliarden investieren, sei vor Corona noch als linke Traumtänzerei diffamiert worden. Nun ist plötzlich viel Geld da, wir fordern massive Investitionen in Bildungs- und Gesundheitswesen. Zur Finanzierung brauchen wir eine große Steuerreform, auch die Reichen müssten ihren Anteil leisten, forderte der Redner. Wir streben eine Rentenreform an, auch die Abgeordneten sollten in die Versicherung einzahlen. Dietmar betonte auch, dass DIE LINKE nach wie vor eine Partei sei, die ganz besonders die Interessen Ostdeutschlands im Blick haben müsse.

Gewinnen können wir nur alle gemeinsam, sagte Dietmar. Und wir müssen Zuversicht ausstrahlen, sonst haben wir beim Wähler keine Chance, sagte Dietmar mit Blick auf die mäßigen Umfragewerte der Linkspartei. Er will einen Wahlkampf nur für seine Partei, nicht für eine Koalition führen.

Trotzdem sollten wir das Signal setzen, dass es auch jenseits der Konservativen Mehrheiten im Land gebe.

Auf NATO und Hartz-IV angesprochen, erklärte Dietmar, dass eine Koalition mit Grünen und SPD an der Frage des NATO-Austritts nicht scheitern würde. Bei Hartz-IV müsse aber unbedingt ein Systemwechsel her.

Die Mehrheit der anwesenden Mitglieder konnte Dietmar mit seiner Bewerbung überzeugen. Es gab nur vier Gegenstimmen und eine Enthaltung, also eine Zustimmung von 96 %.

Übrigens ist der Bundestag deshalb so aufgebläht, weil die CDU 2017 sehr viele Direktmandate gewonnen hat. Der CDU das Rostokker Direktmandat wegzunehmen, wäre also auch ein Beitrag zur notwendigen Verkleinerung des Parlaments.

Text: Carsten Penzlin, Fotos: Andreas Reinke

P.S.: Peter Stein tritt 2021 wieder an. Auf seiner Wahlversammlung hielt Philipp Amthor das Grußwort. Das kommentiert sich ganz von selbst.

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

MITGLIEDERVERSAMMLUNG

Am 23. Oktober fand im SBZ Toitenwinkel die Mitgliederversammlung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern statt. Personell und inhaltlich wurden die Weichen für die Zukunft gestellt.

Wegen Corona musste die jährliche Mitgliederversammlung um ein halbes Jahr verschoben werden. Die Pandemie hat überhaupt die Rahmenbedingungen politischer Bildungsarbeit stark verändert, zum Beispiel den Trend hin zu digitalen Formaten beschleunigt. Kern der Bildungsarbeit bleibt aber die Erarbeitung und Verbreitung sozialistischer Antworten auf gesellschaftliche Probleme und Entwicklungen. 190 Veranstaltungen fanden 2019 in M-V mit fast 10.000 Teilnehmern statt. Auch in Rostock, wobei das Interesse der hiesigen Linkspartei-Mitglieder noch ausbaufähig ist.

Prof. Pade bekommt zum Abschied ein Buchpräsent überreicht

Katharina Schlaack, Leiterin des RLS-Regionalbüros, spricht

30 Jahre nach dem Mauerfall beschäftigte sich das Regionalbüro intensiv mit den Entwicklungen von der Wende zur Vereinigung, mit einem Fokus auf linke/sozialistische Alternativen (z.B. in der Rostocker „Vereinigten Linken“), die Ende 1989 eine kurze Blüte erlebten, bevor bestimmte politische Kreise sehr geschickt den Kurs Richtung Vereinigung unter kapitalistischen Vorzeichen setzten. Daniela Dahn konnte am 20.10. in einer Buchlesung im Peter-Weiss-Haus diesen Weg nachzeichnen. (Daniela Dahn: „Der Schnee von gestern ist die Sintflut von heute“ / „Tamtam und Tabu. Die Einheit: Drei Jahrzehnte ohne Bewährung“) Die erfolgreiche Ausstellung „Schicksal Treuhand“ ist ebenfalls in diesem Kontext zu sehen.

Auf der Mitgliederversammlung wurde Prof. Werner Pade, der langjährige Vorsitzende der RLS-MV, herzlich verabschiedet und ihm für seine Arbeit gedankt. Sein Nachfolger ist Dr. Klaus Schiffer, Physiker aus Wismar.

Carsten Penzlin, Schatzmeister der RLS-MV

KLAUSURTAGUNG DES KREISVORSTANDES

Am 24. Oktober führte der Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock seine diesjährige Klausurtagung durch. Zentrales Thema waren die im kommenden Jahr stattfindenden Landtags- und Bundestagswahlen, aber auch die Zukunft der Kreisgeschäftsstelle und der Verlauf der Volksinitiative „Bildungsaufstand“ wurden besprochen.

Vorbereitung Landtags- und Bundestagswahlen

Der Listenvorschlag für die Bundestagswahlen des Landesausschusses kann für unseren Kreisverband nicht zufriedenstellend sein. Die Genossin Susanne Krone hatte bereits vor Monaten ihre Bereitschaft für den Bundestag zu kandidieren bekannt gegeben. In der Folge stellte sich Genossin Krone in mehreren Kreisverbänden vor. Durch ihre aktive Arbeit als stellvertretende Landesvorsitzende unserer Partei war sie bereits vielen bekannt. Trotzdem reichte es am Ende nur für den sechsten und damit letzten Platz auf der Vorschlagsliste des Landesausschusses. Im Kreisvorstand wurde die Situation ausgiebig analysiert und das weitere Vorgehen besprochen. Klar ist: Susanne Krone besitzt die notwendige Lebenserfahrung und legt die unbedingte Entschlossenheit an den Tag, diese Gesellschaft sozial gerechter zu machen. Der Kreisvorstand setzt sich weiter dafür ein, Genossin Krone auf einen der vorderen Listenplätze zu setzen. Hierzu werden weiter Gespräche mit anderen Kreisverbänden geführt.

Auch die Landtagswahlen rücken näher. Aus unserem Kreisverband haben sich bisher drei Genossinnen und Genossen bereit erklärt für den Landtag zu kandidieren: Karen Larisch, Peter Georgi und Michael Noetzel. Der Kreisvorstand hat sich in Vorbereitung auf die Listenaufstellung zur Landtagswahl auch mit bekannten Kandidaturen aus anderen Kreisverbänden befasst. Allgemein wird von zehn sogenannten „sicheren Listenplätzen“ ausgegangen, das heißt bei acht Kreisverbänden werden die meisten Kreise maximal einen Abgeordneten zu Verfügung haben. Wer auch immer letztlich in den Landtag einziehen wird: unserer Kreisverband geht mit der deutlichen Erwartung und Forderung in die kommende Listenaufstellung, mindestens einen Landtagsabgeordneten aus dem Landkreis Rostock zu stellen.

Ferner beschloss der Kreisvorstand die Terminierung der Wahl unserer Direktkandidatinnen und Kandidaten. Die neuen coronabedingten Einschränkungen haben diese Termine jedoch wieder hinfällig gemacht. Die neuen Termine werden, sobald es die Coronaverordnungen ermöglichen, bekanntgegeben.

Zukunft der Kreisgeschäftsstelle in Güstrow

Der Kreisvorstand beschäftigte sich ebenfalls mit der Zukunft der Geschäftsstelle in Güstrow. Mit dem Auslaufen des Vertrages unseres ehemaligen Kreisgeschäftsführers Peter Georgi übernahm als neuer Regionalgeschäftsführer Genosse Andreas Reinke die hauptamtliche Betreuung unseres Kreisverbandes. Andreas Reinke erledigt seine Bürotätigkeiten von der Rostocker Geschäftsstelle aus, da er auch den Kreisverband Hansestadt Rostock hauptamtlich betreut. In der Folge blieb die Geschäftsstelle in den vergangenen Monaten größtenteils unbesetzt. Daraus resultiert zwangsläufig die Frage, ob und wie die Kreisgeschäftsstelle künftig besetzt werden kann bzw. ob die Büroräume noch einen praktischen Nutzen für den Kreisverband haben.

Die Büroräume in Güstrow bieten die Möglichkeit für kleinere Vorstandssitzungen, BO-Treffen sowie Infoveranstaltungen und sind gleichzeitig geeignet für regelmäßige Sprechstunden aller Art. Der Kreisvorstand war sich einig die Geschäftsstelle weiter zu führen, auch unsere finanzielle Situation lässt dies zu. Der Vorstand verständigte sich im Laufe der Diskussion auf die Wiedereinführung einer regelmäßigen Sprechstunde für Genossinnen und Genossen sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger.

Die regelmäßigen Sprechstunde sowie die Koordinierung anderer Treffen & Veranstaltungen soll künftig sowohl durch hauptamtlich arbeitende als auch ehrenamtlich tätige Genossinnen und Genossen organisiert werden. Hierzu konnten bereits mehrere Aktive gewonnen werden. Die strengen Coronaauflagen machen die Durchführung solcher Sprechstunden de jure unmöglich. Die Pandemie wird aber nicht ewig anhalten, sodass optimistisch gesehen eine ständige Präsenz in der Geschäftsstelle im kommenden Jahr wieder eingeführt werden kann.

Aktuelles zur Volksinitiative Bildungsaufstand

Auf dem Landesparteitag im vergangenen Dezember rief unsere Fraktionsvorsitzende Simone Oldenburg die Volksinitiative „Bildungsaufstand“ aus. Nicht erst in der Corona Krise waren die Schwächen des Bildungssystems in Mecklenburg-Vorpommern offen sichtbar für Alle, die es sehen wollten. Die Unterrichtsausfälle haben einen Höchststand erreicht, die Klassen werden immer größer, Lehrerinnen und Lehrer werden händeringend gesucht. Gleichzeitig wird es Lehramtsstudierenden unnötig schwer gemacht, in M-V ihren Lehrerberuf auszuüben. Die Volksinitiative fordert daher eine Verkleinerung der Schulklassen und die Einstellung von mindestens 1.000 zusätzlichen Lehrerinnen und Lehrern. So soll der Druck auf die Schulen verringert und die Abbrecherquote bei Schülerinnen und Schülern minimiert werden. Seit einem dreiviertel Jahr sammelt unsere Partei Unterschriften für den „Bildungsaufstand“, dabei sind insgesamt fast 14.000 Unterschriften zusammengekommen. Auch aus unserem Landkreis kamen mehrere hundert Unterschriften. Ausdrücklichen Dank gilt allen Genossinnen und Genossen sowie Sympathisantinnen und Sympathisanten, die sich aktiv an der Volksinitiative beteiligt haben. Für eine erfolgreiche Initiative fehlen jedoch noch etwa 4.000 Unterschriften, die es noch zu sammeln gilt. Unterschriftenliste sowie den kompletten Wortlaut der Volksinitiative könnt ihr bei unserem Regionalgeschäftsführer Andreas Reinke einholen oder euch im Internet unter www.bildungsaufstand.de herunterladen.

Corona macht die politische Arbeit weiter schwierig. Trotzdem dürfen wir nicht wie das sprichwörtliche Kaninchen vor der Schlange stehen und in Schockstarre verfallen. Wir müssen so gut es eben geht weiter für unsere politischen Ideale werben. Die Volksinitiative „Bildungsaufstand“ bietet dazu einen guten Anlass, auch in Hinblick auf die kommenden Wahlen. Ich wünsche allen Genossinnen und Genossen den Mut auch in den kommenden Monaten nicht zu resignieren. Nur gemeinsam können wir diese Gesellschaft verändern.

Nico Burmeister

FLUGHAFEN ROSTOCK-LAAGE SOLL TECHNOLOGIEPARK WERDEN

Die Fraktion DIE LINKE hat in der Kreistagssitzung am 23.9.2020 einen Antrag „Gründung einer Gesellschaft für die Entwicklung und Betreibung eines Technologie und Innovations-Parks auf dem Gelände des Flughafens Rostock-Laage“ eingebracht und nach heftiger Abwehr seitens der CDU eine breite Zustimmung erhalten.

Hintergrund:
DIE LINKE betrachtet die Betreibung von Regionalflughäfen sowohl aus ökologischen als auch wirtschaftlichen Gründen grundsätzlich kritisch. Selbst große Flughäfen arbeiten (mit Ausnahme von Frankfurt/Main und München) nicht kostendeckend und müssen deshalb bezuschusst werden. Das gilt auch für den Flughafen Rostock-Laage, der aber wegen der gemischten militärischen und zivilen Nutzung mit relativ niedrigen Zuschüssen betrieben werden kann. Der Flughafen Rostock-Laage hat eine nicht zu unterschätzende positive Wirkung für die Unternehmen und wissenschaftlichen Einrichtungen der Regiopolregion Rostock und das Land Mecklenburg-Vorpommern. Deshalb werden eintretende finanzielle Verluste durch die Landesregierung ausgeglichen. Eigentlich müsste das Land der Träger des Flughafens sein. Dagegen sträubt sich die Landesregierung hartnäckig. Deshalb wird der Flughafen bisher von drei Gesellschaftern (RVV für die Hanse- und Universitätsstadt Rostock, Landkreis Rostock und Stadt Laage) getragen. Der Landkreis Rostock bezuschusst den Flughafen jährlich mit 640 TEUR. Die Linksfraktion hat dem Zuschuss mehrheitlich zugestimmt.

Dabei spielte auch eine Rolle, dass sich die Flughafengesellschaft in den letzten Jahren (vor der Corona-bedingten schwierigen wirtschaftlichen Situation) unter der neuen Geschäftsführung sehr gut entwickelt hat. Es wurden Erweiterungen des Flughafengeschäftes vorgenommen, um neue Einnahmefelder zu erschließen, und zukunftsfähige Konzepte zur Entwicklung des Unternehmens und des Standortes vorgelegt. Diese Konzepte führen mehr zu einem Profil als Technologie- und Innovationsstandort (für Verfahren der Nutzung erneuerbarer Energien, insbesondere Solarenergie und Wasserstofftechnologie, der Luft- und Raumfahrttechnologie u.a.). Für diese Entwicklung und Handlungsfelder gibt es auch reichlich Fördermittel des Landes, des Bundes und der EU. Damit würde dem Standort Laage ein neues, zukunftsträchtiges Standbein verliehen werden. Allerdings kann die Geschäftsführung einer Flughafengesellschaft diese nicht oder nur ungenügend erschließen, weil diese Gesellschaft eben einen Flughafen betreibt und kein Technologiezentrum. Dieses Problem hat die Geschäftsführerin des Flughafens, Dörthe Hausmann, in der Sitzung der Fraktion DIE LINKE am 16.6. vorgetragen.

Deshalb haben wir nach weiterführenden Gesprächen mit der Geschäftsführerin und dem zuständigen Dezernenten der Kreisverwaltung, Romuald Bittl (CDU) einen Antrag in den Wirtschaftsausschuss, den Kreisausschuss und in den Kreistag eingebracht, dass der Landrat beauftragt wird, in der nächsten Gesellschafterversammlung des Flughafens die Gründung einer Gesellschaft für die Entwicklung und Betreibung eines Technologie- und Innovationsparkes auf dem Gelände des Flughafens vorzuschlagen. Herr Bittl freute sich sehr über diesen Antrag und bedauerte, dass dieser nicht von seiner CDU-Fraktion gekommen sei. DIE LINKE könne damit zeigen, dass sie nicht technologie- und wirtschaftsfeindlich sei. Ich möchte anfügen: dieser Antrag steht auch nicht im Zielkonflikt mit der Programmatik der LINKEN.

Auf einem Zukunftsworkshop des Flughafens am 24.7.2020 habe ich unsere Idee vorgestellt und große Unterstützung, auch von den anwesenden Fraktionsvorsitzenden der CDU und SPD bekommen. Axel Wiechmann (CDU) wörtlich: „Wolfgang Methling hat Recht“. In der Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 17.8. wurde unser Antrag durch alle Vertreter von CDU, SPD und Bü90/GRÜNE unterstützt. Eine Ablehnung kam von Frau Wagener (Freier Horizont). Nach intensiver Diskussion in der Sitzung des Kreisausschusses am 26.8. übernahm unsere Fraktionsvorsitzende Karin Schmidt den Änderungsvorschlag der SPD, dass der Landrat beauftragt wird „die Prüfung der Gründung einer Gesellschaft...“ vorzuschlagen. Der so geänderte Beschlussvorschlag wurde mehrheitlich angenommen (Gegenstimmen von CDU, AfD und Freie Wähler) und von uns in den Kreistag eingebracht und wir waren gespannt, wie die CDU mit dem Antrag umgehen würde, denn eigentlich konnte sie ihn nicht ablehnen.

Nachdem ich den Antrag mit inhaltlichen Argumenten eingebracht hatte, trat Axel Wiechmann ans Pult und brachte einen umfangreichen Änderungsantrag mit Kriterien für die Prüfung des Vorschlages in der Gesellschafterversammlung der Flughafengesellschaft ein. Wir wollten den Gesellschaftern keine detaillierten Prüfaufträge mitgeben, weil sie ohnehin darüber entscheiden werden. Gegen diese Kriterien war aber nichts einzuwenden, deshalb haben wir der Erweiterung des Antrages zugestimmt. Der Antrag fand in der Endabstimmung eine große Zustimmung bei nur wenigen Gegenstimmen von CDU und Freien Wählern. Die CDU hat sich bestimmt geärgert, dass der Antrag von unserer Fraktion kam und von ihrer Fraktion nicht abgelehnt werden konnte.

Wolfgang Methling
Vizepräsident und Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Landwirtschaft, Bau, Planung und Umwelt

DIE BUGA KOMMT - BERICHT VON DER BÜRGERSCHAFTSSITZUNG

Am 21.Oktober fand die Bürgerschaftssitzung wieder in der Stadthalle Rostock statt. Hier stellen wir euch unsere Anträge vor und wie darüber abgestimmt worden ist. Außerdem informieren wir über die Diskussionen zur BUGA 2025.

Das größte und meist diskutierte Thema des Abends war der Leitentscheid zur Bundesgartenschau BUGA 2025.

Eröffnet hat die Diskussion Oberbürgermeister Madsen, welcher sich klar für die BUGA ausgesprochen hat. Wer die Rede von Madsen verfolgt hat, hörte immer wieder heraus dass es für ihn vor allem um Strahlkraft, überregionale Bekanntheit und Events ging. Nicht weniger als ein Quantensprung für unsere Stadt sei die BUGA, die uns deutschlandweit bekannt mache. Als ob eine Stadt, die jedes Jahr rund 2 Millionen Besucher anlockt, um ihre Bekanntheit besorgt sein müsse. Aber Madsens Richtung ist klar: höher, schneller, weiter.

Wir als DIE LINKE sind realistisch und haben versucht die Bürgerschaft auf die Probleme hinzuweisen. Unserer Meinung nach sollte sich Rostock nicht in das Millionenschwere Abenteuer stürzen, denn vieles rund um das BUGA-Projekt ist nach wie vor ungeklärt und löst die bestehenden Probleme nicht.

Neben steigenden Fahrpreisen im öffentlichen Nahverkehr, müssen neue Straßenbahnen gekauft werden, allein um den jetzigen Stand zu erhalten. Wir haben beschädigte Straßen, viele Geh- und Radwege sind in schlechtem Zustand. Schulen, Kindergärten, Sporthallen und Spielplätze müssen saniert oder neu gebaut werden – es existiert ein riesiger Sanierungsstau in der Stadt. So gibt nach wie vor keine Finanzierung für die bereits beschlossene Schwimm- und Eishalle im Nordwesten.

Die meisten Baufirmen sind auf Jahre ausgelastet. Es fehlt an Architekten und Planer in der Stadt und allgemein ist die Personaldecke der Stadt sehr dünn, so dass weitere Projekte immer schwieriger zeitnah zu entwickeln und umzusetzen sind.

Wir als DIE LINKE legen viel Wert auf eine Stadtentwicklung in ALLEN Stadtteilen Rostocks. Das findet durch die BUGA nicht statt.

Das Areal der BUGA konzentriert sich auf das sog. „Rostocker Oval“ rund um den Stadthafen. Im IGA-Park soll eine Außenstelle entstehen. Im Stadthafen sind temporäre Ausstellungshallen, Mustergärten, Blumen, Bäume und Gemüsebeete geplant. Auf der gegenüberliegenden Seite soll ein ausgedehnter Park und eine ein neues, „grünes“ Quartier entstehen. Alles verbunden durch ein Rund an Fuß- und Radwegenetz, welches in der geplanten 545m langen Warnowbrücke als Verbindungsstück zwischen den beiden Warnowfern abschließt.

Der IGA-Park soll neben vielen Blumen, Sträuchern und ein paar Bäumen in Warnownähe einen Spielplatz, einen öffentlichen Strandbereich und eine Mustersiedlung erhalten. All das soll in der Nähe des ehemaligen Standortes des Traditionsschiffes entstehen. Das Traditionsschiff selbst soll in einen Kletterpark eingebunden werden.

Besonders problematisch ist für uns, dass die Zeit und die damit verbundenen Kosten der BUGA gegen Rostock arbeiten.

Fangen wir mit dem Boden an. So hat es im Bereich des Stadthafen noch keine Baugrunduntersuchung gegeben. Es ist also durchaus möglich, dass in Rostocks Boden noch ungeahnte Altlasten, Schadstoffe und immer noch Munitions- und Bombenreste liegen. Ein solcher Fund hätte erhebliche Auswirkungen auf das weitere Baugeschehen am jeweiligen Standort. Auch Umsetzungswettbewerbe für die einzelnen Projekte haben noch nicht stattgefunden. Das bedeutet, dass die veranschlagten Kosten für die BUGA-Projekte im verabschiedeten Leitantrag lediglich grobe Schätzungen darstellen, die die Gefahr ins sich bergen, noch deutlich zu steigen. Es gilt weiterhin: je länger es dauert, umso teurer wird es.

Madsen spricht immer wieder von einem Konjunkturprogramm für die Rostocker Wirtschaft. Bauprojekte im Umfang der BUGA-Bauten müssen europaweit ausgeschrieben werden. Den Zuschlag erhält der günstigste Anbieter. Firmen aus Rostock oder MV werden für die großen Projekte eher nicht den Zuschlag erhalten. Lediglich Gastronomie und Hotellerie werden während der BUGA vom erhöhten Besucheraufkommen profitieren. Nachnutzungskonzepte für die Zeit nach der Blumenschau gibt es nicht.

Wir stellen fest, an der BUGA verdienen derzeit nur externe Planer- und Architektenbüros, da die Stadt das Großprojekt personell nicht ausreichend unterstützen kann.

Nachhaltige Stadtentwicklung funktioniert für DIE LINKE anders. Und wir möchten sagen, dass wir alles getan haben um eine andere Entscheidung herbeizuführen.

Teile der SPD ließen sich überzeugen, die CDU, die Grünen, die FDP und der Rostokker Bund aber leider nicht. Vielmehr haben sie sich in ihren Redebeiträgen thematisch hauptsächlich an der Warnowbrücke orientiert und emotional immer weiter hochgeschaukelt.

Uns kam es so vor, als wenn die BUGA für die anderen Fraktionen nur aus der Brücke bestehen würde, ironischerweise dem einzigen Projekt, dass formal kein Bestandteil der BUGA ist, sondern völlig unabhängig davon vom Bund finanziert wird und auch ohne BUGA jederzeit problemlos umgesetzt werden könnte.

Kein Wort gab es hingegen zu möglichen Kostenexplosion, keine Bemerkungen zum Planungsstand, keine Meinungen zu dem Vorwurf, dass andere Projekte in den Stadtteilen aufgeschoben, vielleicht sogar

gestrichen werden könnten. Sie versprachen sich gegenseitig blühenden Landschaften und waren blind für jede vorgebrachte Kritik.

ANERKENNUNG EHRENAMTLICHER CORONA-HILFEN

Mit dem Ausbruch der Coronapandemie fand ein bisher beispielloser Einschnitt in den Alltag vieler Menschen statt. In dieser besonderen Situation haben sich aber auch viele Menschen organisiert um alltägliche Hilfe für die Schwächsten unserer Gesellschaft zu gewährleisten.
Dabei ging es um Kleinigkeiten wie Hilfe bei Amts- oder Arztbesuche, das Erledigen von Einkäufen oder das Besorgen von Medikamenten aus Apotheken. Dieser Hilfe gebührt Anerkennung.

So soll der Oberbürgermeister beauftragt werden, Vorschläge zu erarbeiten, wie wir den ehrenamtlichen Helfern angemessen danken können.
Dieser Antrag ist das Mindeste was wir als Zeichen der Wertschätzung und Anerkennung den Helferinnen und Helfern zukommen lassen wollen. Auch steht das Amt für Sport, Vereine und Ehrenamt dem Konzept wohlwollend und unterstützend gegenüber.
Trotz Gegenstimmen der CDU und FDP, die darauf hinwiesen, dass Hilfe selbstverständlich sein sollte, konnten wir den Antrag durchbringen. Es stimmt: man sollte nicht in Erwartung einer Belohnung helfen. Aber so selbstverständlich solidarische Hilfen sind, so selbstverständlich ist es auch, dafür danke zu sagen. Das soll dieser Antrag leisten, der mehrheitlich angenommen wurde.

AUSGLEICH FÜR DIE FAHRPREISERHÖHUNG DER RSAG

Wie ihr bereits wisst, plant die RSAG für das kommende Jahr eine Fahrpreiserhöhung.

Die Fahrpreise sind bereits in den letzten Jahren gestiegen. Weitere Erhöhungen stehen der Zielstellung der Bürgerschaft entgegen, aus Rostock eine klimafreundlichere und sozialere Stadt zu machen, denn für eine attraktive Stadt ist bezahlbarer ÖPNV unabdingbar.
Dem wollten wir mit unserem Antrag entgegenwirken und die Mehrkosten von zwei Millionen Euro durch die Stadt Rostock übernehmen lassen.

Die anderen Fraktionen reagierten ablehnend bis aufbrausend. Es wurde von Unehrlichkeit, Populismus und Hinterhältigkeit gesprochen. Auch dass unser Antrag zu spät käme, denn die entsprechenden Entscheidungen seien bereits in den Gremien, vor allem dem Aufsichtsrat der RSAG, gefallen.

Wir wiesen darauf hin, dass die Preisverhandlungen der RSAG mit ihrem angeschlossenen Verkehrsverbund üblicherweise ohne Beteiligung des politischen Raumes stattfinden und es in aller Regel bereits zu spät ist, wenn dieses Thema uns Ehrenamtliche Bürgerschaftsmitglieder dann doch erreicht. Ziel des Antrages war es daher vor allem der Bürgerschaft und der Verwaltung eine politische Debatte über die Fahrpreisgestaltung aufzuzwingen. Das ist uns auch gelungen.

Nach langer Diskussion wurde ein Kompromiss gefunden. Die kommende Fahrpreiserhöhung kommt so wie sie ist. Die nächste Erhöhung, die planmäßig für 2023 angesetzt ist, soll allerdings vermieden werden. Dafür müssen dann Oberbürgermeister und Bürgerschaft rechtzeitig einbezogen werden. Denn nur durch die Zusammenarbeit aller Beteiligten können wir unser Ziele im Nahverkehr erreichen:
Stabilisierung oder gar Senkung der Fahrpreise, sowie perspektivisch einen kostenlosen ÖPNV.

FINANZIELLE UNTERSTÜTZUNG DES CSD ROSTOCK e.V.

Jedes Jahr im Juli wird der CSD in Rostock bunt und laut mit der Christopher Street Day Parade gefeiert. Doch Aufgrund der Corona-Pandemie konnte der Christopher Street Day dieses Jahr nicht in der gewünschten Größe stattfinden.

So hat der CSD-Rostock e.V. dieses Jahr coronabedingt nur die Hälfte ihres Kulturbudgets verbrauchen können. Nicht-genutze Gelder verfallen allerdings im Normalfall. Das wäre allerdings problematisch, da an diesen Geldern auch Strukturen hängen.

Der CSD-Rostock e.V. macht seit Jahren in Rostock Aufklärungs- und Bildungsarbeit für alle sexuellen Ausrichtungen und trägt damit zu einem großen Teil zur kulturellen Akzeptanz und Vielfalt in unserer Hanse- und Universitätsstadt bei. Diesen wichtigen Dienst an der Kultur der Liebe unterstützen wir mit vollem Herzen.
Daher haben wir den Bürgermeister beauftragt den Zuwendungsbescheid zu ändern und die Zweckbindung der Gelder aufzuheben, so dass der CSD-Rostock e.V. die restlichen 5000€ des 10000€ Jahresbudgets anderweitig nutzen darf.

Unser Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen und DIE LINKE.PARTEI dankt auch hiermit der SPD, den Grünen und den zwei FDP-Abgeordneten für die Unterstützung unseres Antrages.

CLUBS UND LIVESPIELSTÄTTEN UNTERSTÜTZEN

Seit März können keine Konzerte, kein Schauspiel oder gar Tanzveranstaltungen mehr stattfinden, oder aktuell nur unter erheblichen Auflagen. Während sich für staatlich geförderte Kultureinrichtungen Behelfslösungen finden ließen, gibt es für private Clubs und Livespielstätten bisher noch keine politisch-finanzielle Hilfe.
Diese Einrichtungen werden dadurch benachteiligt, dass sie formal nicht dem Kulturbetrieb zugeordnet werden und von vielen Hilfsprogrammen nicht profitieren können. Aber: Auch Clubs und Veranstaltungen sind mit ihren Mitarbeitern Teil einer lebendigen und vielfältigen Kulturszene, und ihre Schließung wäre ein herber Verlust.

Um den Erhalt der Clubs und Livespielstätten auch über die kommenden Monate hinaus zu gewährleisten, ist also dringender Handlungsbedarf gegeben. Unser Antrag eröffnet Rostock die Möglichkeit, das vom Land geplante Unterstützungsprogramm mit eigenen Mitteln finanziell zu untersetzen.
So wird der Oberbürgermeister beauftragt, ergänzend zu den Fördermitteln des Landes M-V, eigene Mittel in Höhe von 200.000 Euro bereitzustellen, um mit diesen die Clubs und Livespielstätten der Hanse- und Universitätsstadt Rostock unterstützen zu können.
Die CDU wollte erst konkrete Maßnahmen des Landes abwarten und lehnte daher die Unterstützung des Antrages als einzige Fraktion ab. Aber mit den Stimmen der restlichen Bürgerschaftsfraktionen wurde der Antrag bewilligt.

Das Nachlesen der Anträge der Bürgerschaft ist unter ksd.rostock.de jederzeit im Internet möglich.

Text: Martin Raspe, Mitarbeit: Christian Albrecht

DER MIGRANTENRAT INFORMIERT

Seyhmus Atay-Lichtermann (DIE LINKE) wurde als Vorsitzender des Migrantenrates Rostock gewählt

Der 36-jährige Rostocker Seyhmus Atay-Lichtermann wurde als Vorsitzender des Migrantenrates der Hanse- und Universitätsstadt Rostock (MIGRO) gewählt.
MIGRO ist ein kommunales Gremium, das den Auftrag hat, die Interessen der Migrant*innen, die in Rostock leben zu vertreten und den Beitrag der Migrant*innen zu einem friedlichen Zusammenleben in unserer Stadt zu gestalten.
„In den nächsten Jahren“, sagte der neugewählte Vorsitzende Seyhmus Atay-Lichtermann, „werde ich mich auf die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen MIGRO und der Bürgerschaft und ihrer Fraktionen, sowie den verschiedenen Ämtern der Stadtverwaltung, die mit Migrant*innen zu tun haben, konzentrieren.“
Als erste Stellvertreterin wurde die Rostockerin Valentina Engler und zum zweiten Stellvertreter wurde der Rostocker Viacheslav Bolshoi gewählt.
Der MIGRANTENRAT, der mehr als 25 Jahre existiert, führt zahlreiche kulturelle, Bildungs- und Informations- und partizipative Projekte in unserer Stadt durch.

Der Migrantenrat verurteilt den Terroranschlag in Wien

Wir als Migrantenrat Rostock verurteilen den schrecklichen, abscheulichen und feigen Terroranschlag gegen unschuldige Menschen. In Gedanken sind wir bei den Opfern, ihren Angehörigen und den Verletzten und stehen solidarisch mit den Menschen in Österreich.
Der Islamfaschismus ist eine Bedrohung für uns alle und stellt eine ernstzunehmende Gefahr für unsere demokratischen Säulen dar. Denn er zielt darauf ab, in unserer Gesellschaft Hass und Spaltung zu schüren.
„Wir müssen uns entschieden gegen Hass und Hetze stellen“, sagte der Vorsitzende des Migrantenrates Herr Seyhmus Atay-Lichtermann, „und für eine friedliche, bunte, vielfältige und solidarische Gesellschaft einstehen.“
Wer Menschen auf Grund ihrer Herkunft, Hautfarbe, Kultur und Lebenseinstellung angreift, handelt menschenfeindlich und muss mit allen demokratischen Mitteln bekämpft werden.

Kein Schlussstrich: Den NSU-Komplex in M-V aufklären und aufarbeiten!

Mit Ablauf der Legislaturperiode wird der seit zwei Jahren laufende PUA im Frühjahr 2021 seine Arbeit beenden, um bis zum Sommer seinen Bericht vorzulegen. Schon jetzt ist klar, dass viele Fragen bis dahin nicht mehr zu beantworten sind.
Diese betreffen die örtlichen Neonazistrukturen und ihre Verflechtungen in das NSU-Netzwerk, sowie deren Unterstützung oder gar Beteiligung bei den in Mecklenburg-Vorpommern begangenen Taten. Ebenso wurde die Rolle von Polizei und Verfassungsschutz bislang bei weitem nicht ausreichend beleuchtet. „Erst vor knapp drei Wochen bestätigte der ehemalige Leiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz Fromm erneut, dass das Innenministerium M-V bereits 2002 über eine Grußbotschaft an den NSU in einem Neonazi-Magazin Bescheid wusste. Die Landesbehörde selbst hatte dies immer wieder abgestritten“, so Tim Bleis von der LOBBI.
Die parlamentarische Aufklärung muss daher auch nach den Landtagswahlen im kommenden Jahr weitergehen. Allerdings wird ein erneuter Untersuchungsausschuss nur dann Antworten bringen, wenn ParlamentarierInnen sich nicht länger mit der bisherigen Zuarbeit der Behörden zufriedengeben. „Dokumente werden verspätet oder überhaupt nicht zur Verfügung gestellt. Akten sind bis zur Unkenntlichkeit geschwärzt oder mit unverhältnismäßig hohen Sicherheitseinstufungen belegt. Damit muss endlich Schluss sein“, fordert Imam-Jonas Dogesch als Sprecher von MIGRANET-MV.
„Wir erwarten, dass die Ausschussmitglieder zukünftig stärker ihre Rechte durchsetzen. Wir fordern aber auch einen Mentalitätswechsel in den Behörden. Diejenigen, die jahrelang nicht in der Lage waren, das NSU-Netzwerk zu erkennen und zu stoppen, sollten jetzt alles für eine lückenlose Aufklärung tun. Alle Beteiligten müssen sich ihrer Verantwortung gegenüber den Opfern und ihren Angehörigen bewusst sein.“
Doch die Angehörigen warten nicht nur auf Antworten. Die Familie Mehmet Turguts wartet auch darauf, dass endlich ihre Forderung umgesetzt wird, den Neudierkower Weg in Rostock nach dem dort Ermordeten umzubenennen.
Imam-Jonas Dogesch (Sprecher von MIGRANET-MV) / Tim Bleis (LOBBI e.V.)
Pressemitteilungen

Kommunen sollen Zweckentfremdung von Wohnraum stoppen können

Zum Kabinettsbeschluss zum Entwurf des Gesetzes über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum *in M-V erklärt die wohnungspolitische Sprecherin der Linksfraktion,* Eva-Maria Kröger*:*
„Endlich soll dieses Gesetzesvorhaben auf den Weg gebracht und damit ein Prüfauftrag des Landtages von April 2019 umgesetzt werden. Damit wird den Kommunen ein Instrument in die Hand gegeben, mit dem sie bei Wohnungsknappheit steuern können, ob sie eine Umnutzung von Wohnraum in Ferienwohnraum genehmigt oder ablehnt.
Kommunen in Tourismusregionen und besonders attraktiven Stadtlagen müssen bislang weitgehend machtlos hinnehmen, dass Wohnraum nicht mehr dauerhaft, sondern bevorzugt an Gäste vermietet wird. Für Vermieterinnen und Vermieter ist das profitabler, aber für Einheimische und Wohnungssuchende wurde und wird Wohnraum immer teurer und knapper.
Leider kommt das neue Instrument vielfach zu spät, in zahlreichen Küstenregionen wurde viel zu lange Wohnraum zweckentfremdet. Das Verhältnis von Dauer- zu Ferienwohnen stimmt nicht mehr und schmälert zunehmend die Attraktivität für Einheimische und Gäste. Es muss dringend neuer Wohnraum geschaffen werden, damit Einheimische und diejenigen, die für das Wohl der Gäste sorgen, auch selbst wieder im Ort leben können.“

ZWEI EHRENMALE

Über die Reise der ersten Studentendelegation der FDJ in die UdSSR

Zu meinen wichtigsten Erlebnissen gehört die Reise mit der ersten Studentendelegation der FDJ in die UdSSR. In Moskau wurden wir wie eine Staatsdelegation empfangen und mit einem großen SIM nach Moskau transportiert, wo wir im Hotel National in der Nähe des Roten Platzes untergebracht wurden.

Von unserem Fenster aus konnten wir am nächsten Morgen eine riesige Menschenschlange sehen. Wir erfuhren, dass sie von diesem Platz bis zum Leninmausoleum reicht und bewunderten die Menschen, die geduldig warteten, um das Lenin-Mausoleum zu besuchen. Wir hatten Gelegenheit, Moskau zu besichtigen und waren beeindruckt von der Metro, die zum Teil mit palastähnlichen Haltestellen ausgestattet war. Die Stadt war, soweit wir sahen, weitgehend wieder aufgebaut. Obwohl es April war und noch viel Schnee lag, wurde an einigen Hochhäusern gebaut. (Dafür wurde durch mit Dampf erwärmten Leitungen Beton hinaufgepumpt. Das erwähne ich deshalb, weil die Moskauer trotz viel schärferer Minustemperaturen als bei uns keine Winterpause beim Bauen kannten.)

Auf der Universität fiel uns auf, dass die meisten Studenten nicht mehr so ganz jung waren. Das erklärte sich dann daraus, dass viele durch den Krieg ihr Studium mehrere Jahre unterbrechen mussten, weil sie an der Front kämpften.

Wir wurden gefragt, in welche Universitätsstadt wir noch möchten. Unser Delegationsleiter sagte, nach Leningrad. Dann aber hieß es, wir fliegen nach Stalingrad. Schon vor unserer Landung stockte uns der Atem. Rund um Stalingrad waren noch viele Schützengraben zu sehen und Stalingrad war bis auf einen neu aufgebauten Stadtteil bei der Wolgatreppe ein einziges Trümmerfeld. Uns begleitete dort eine zierliche Frau, die in Stalingrad gekämpft hatte und nun Vertreterin der UdSSR in einem internationalen Friedenskomitee war.

In einem Omnibus fuhren wir zu einem Haus, das 64 Tage im Straßenkampf umkämpft worden war, dann fuhren wir eine halbe Stunde nur an Trümmerbergen vorbei. Nur ab und zu sahen wir ein neues Gebäude inmitten von Trümmern. Auf unsere Frage wurde uns erklärt, dass dies Schulgebäude seien. Wir kamen zum Traktorenwerk. Es war wieder aufgebaut worden und produzierte Traktoren. Daneben gab es einen sehr schönen Kulturpalast. Wir fragten warum man sich denn ein solches leiste, wenn doch noch Menschen, wie wir gesehen hatten, in Erdlöchern oder alten Unterständen aus dem Krieg lebten. Dafür hatten sie aber die Erklärung: viele Menschen seien früher nach Stalingrad zurückgekommen, als es ihnen erlaubt war. Es war unmöglich, ihnen allen Wohnungen zu bauen. Da sollten sie wenigstens nach der Arbeit in einer angenehmen Umgebung ihre Freizeit verbringen können. Das war auch der Grund, warum inmitten von Trümmern Schulen standen.

Dann kamen wir zum Mamajew-Kurgan. Dort hatte es starke Kämpfe gegeben. Das Tauwetter hatte, obwohl schon mehrere Male abgeräumt worden war, Uniformfetzen und Knochen von Menschen und Tieren an die Oberfläche gebracht.

Als ich 1975 bei einer Wolga-Don-Reise erneut nach Stalingrad kam, es hieß jetzt Wolgograd, war die Stadt vollständig wieder errichtet. Sie war entstanden wie Phönix aus der Asche. Auf dem Mamajew-Kurgan stand das große Denkmal für die Gefallenen. In einem großen Pavillon waren Hunderte von Namen gefallener Soldaten eingeprägt und es ertönte die Musik eines deutschen Komponisten, die Träumerei von Schumann.

Über die Gedenkstätte erhebt sich eine große Skulptur. Eine Frauengestalt verkörpert die Nutter-Heimat. In ihrer Rechten trägt sie das erhobene Schwert. Damit ruft sie zur Verteidigung der Heimat auf. Uns wurde erklärt, dass das Gegenstück dazu im Treptower Park in Berlin steht. Dort hält ein Soldat das Schwert auf ein zerbrochenes Hakenkreuz gesenkt zum Zeichen dass der Faschismus besiegt und der Kampf beendet ist. Auf seinem Arm trägt er ein Kind. (Dies bezieht sich auf eine wahre Begebenheit, dass ein Sowjetsoldat ein weinendes Kind aus der Frontlinie holte.) Dies symbolisiert, dass es nicht um die Vernichtung, sondern um den Schutz der Menschheit ging.

Johanna Jawinsky

Forderungen des Erwerbslosenparlamentes wichtiger denn je

Zu den Forderungen des Erwerbslosenparlamentes an die Landes- und Bundespolitik erklärt die Vorsitzende der Linksfraktion, Simone Oldenburg*:*

„Meine Fraktion unterstützt die Forderungen des Erwerbslosenparlamentes, dessen geplante Tagung coronabedingt nicht stattfinden kann. Dem Beirat des Gremiums gebührt Dank und Anerkennung für seine Arbeit. Ihm ist es erneut gelungen, weitere Partner zu gewinnen, um den Forderungen des Erwerbslosenparlaments noch mehr Nachdruck zu verleihen. Das ist gerade in Corona-Zeiten enorm wichtig, drohen die angesprochenen Probleme doch unter den Tisch zu fallen.

Nach wie vor sind die Hartz-IV-Regelsätze nicht bedarfsgerecht und brauchen Kinder endlich eine eigenständige Grundsicherung. Die Mehrbelastungen werden auch durch den einmaligen Corona-Kinderbonus nicht ausgeglichen. Deshalb fordert der Erwerbslosenbeirat erneut mehr Unterstützung. Um gezielt handeln zu können, ist eine Sozialberichterstattung erforderlich, welche die Landesregierung genauso verweigert wie eine Wirkungsanalyse von Hartz IV.

Das Erwerbslosenparlament kritisiert auch zu Recht, dass es in M-V kein schlüssiges Konzept zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit gibt. Das Teilhabechancengesetz des Bundes greift hier zu kurz. Auch das Land muss aktiv werden und die Beschäftigungsgesellschaften unterstützen, die über Jahre hinweg ein Rettungsanker für viele zehntausend Menschen waren. Meine Fraktion wird diese Unterstützung im Nachtragshaushalt erneut einfordern.

Das Erwerbslosenparlament widmet sich zudem erneut den wichtigen Themen Kinderrechte, drohende Altersarmut und Situation von Geflüchteten. Es ist gut, dass wir das Gremium als unermüdlichen Mahner für eine bessere, für eine sozial gerechte Politik im Land haben. Es kann sich auf künftig auf unsere Unterstützung verlassen.“

HÖCHSTE ZEIT FÜR DEN SYSTEMWECHSEL

Es war kein Zufall, dass DIE LINKE ihren Forderungskatalog „Systemwechsel im Krankenhaus: Gemeinwohl vor Profit“ am 28.9. vorstellte. Das gemeinsame Papier von Partei, Bundestagsfraktion und den Landtagsfraktionen mit LINKER Regierungsbeteiligung sollte im Vorfeld der Gesundheitsministerkonferenz in Berlin deutlich machen, „wofür DIE LINKE in der Krankenhauspolitik steht“, betonte der Parteivorsitzende Bernd Riexinger. Er zeigte sich enttäuscht, dass die Corona-Krise nicht zum Anlass genommen worden sei, „die wirklichen Mängel im System anzugehen“. Da sei etwa der eklatante Mangel an Pflegepersonal, während 100 000 ausgebildete Pflegekräfte nicht mehr in ihrem erlernten Beruf arbeiteten.

Der gesundheitspolitische Sprecher der Linksfraktion im Bundestag, Harald Weinberg, verwies auf die schlechten Arbeitsbedingungen: „Sie sind der Hauptgrund für angespannte Situation“. Weinberg forderte bessere und verbindliche Personalschlüssel für die Krankenhäuser und ein Rückkehrprogramm für ehemalige Pflegekräfte.

Das Fallpauschalen-System ist gescheitert

Weinberg machte zudem deutlich, dass das System der Fallpauschalen gescheitert sei. Die privaten Krankenhauskonzerne, die bereits mehr als ein Drittel aller Krankenhäuser in Deutschland kontrollierten, würden „Rosinenpickerei“ betreiben. Fallpauschalen unterscheiden zwischen verschiedenen Eingriffen und auch Patient*innengruppen. So ist etwa die Versorgung von Kindern aufwendig und zeitintensiv. Diesen Mehraufwand decken die Pauschalen nicht ab. Das hat zur Folge, dass sich Kinderabteilungen für profitorientierte Krankenhäuser nicht rentieren. Bundesweit hatte ein Fall in Mecklenburg-Vorpommern für Aufsehen gesorgt, wo der Asklepios-Konzern aus Profitgründen eine Kinderstation im Klinikum Parchim dichtmachte und dabei die Öffentlichkeit bewusst täuschte.

Nelson Janßen, Fraktionsvorsitzender der LINKEN in der Bremischen Bürgerschaft, verwies auf entsprechende Umfragen in Bremen: Die Befragten sahen deutliche Unterschiede in der Qualität der Betreuung und der Zufriedenheit der Mitarbeiter*innen zwischen privaten und öffentlich/gemeinnützigen Krankenhausträgern. Kein Wunder, so Janßen, schließlich blieben den Privaten nur zwei Stellschrauben, um ihre Profite zu vergrößern: Entweder die Kosten zu senken, etwa beim Personal, oder über die Fallpauschalen nur lukrative Patientengruppen zu betreuen. Ralf Plötner, gesundheitspolitischer Sprecher der Linksfraktion im Thüringer Landtag, machte sich ebenfalls für eine bedarfsgerechte Personalbemessung in den Krankenhäusern stark. Plötner kennt die Probleme aus eigener Erfahrung, schließlich ist er ausgebildeter Gesundheits- und Krankenpfleger.

Der Forderungskatalog „Systemwechsel im Krankenhaus: Gemeinwohl vor Profit“ enthält fünf zentrale Forderungen:

1. Die Fallpauschalen müssen abgeschafft und durch eine bedarfsgerechte Kostendeckung ersetzt werden. Die Finanzierung über pauschale Erlöse je Fall wird abgelöst durch ein System der Kostendeckung der wirtschaftlich notwendigen Ausgaben. Kosten im Personalbereich müssen vollständig refinanziert werden.

2. Die Bundesländer brauchen stärkere Planungsrechte. Für eine effiziente Planung der Krankenhausstruktur müssen die Planungsrechte der Länder - im Sinne einer regionalen Versorgungsplanung - gegenüber den Krankenhausträgern gestärkt werden. Die Bedarfsplanungmuss verbindlich und prioritär ausgerichtet sein an: Versorgungsregionen, Erreichbarkeit (flächendeckende Versorgung), demografische Besonderheiten und notwendige Kapazitätsreserven. Ein weiterer Abbau von Betten darf nicht stattfinden - auch mit Blick auf eine sichere Versorgung bei weiteren Pandemiegeschehen. Die volle Finanzierung der Investitionen durch die Bundesländer muss sichergestellt und durch einen Investitionsfonds des Bundes unterstützt werden.

3. Ausschüttungsverbot von Gewinnen, die mit Krankenhäusern erzielt werden. Die Betriebskosten der Krankenhäuser werden mit Versichertengeldern finanziert. Gewinne aus diesem Betrieb dürfen nicht in die Taschen von Eigentümern und Aktionären fließen. Deshalb brauchen wir ein Verbot der Gewinnausschüttung.

4. Die Krankenhäuser wieder in öffentliche und gemeinnützige Hand bringen. Nachdem private Krankenhäuser jahrzehntelang politisch bevorteilt wurden, kämpfen jetzt viele öffentliche und freigemeinnützige Krankenhäuser um ihre Existenz, viele haben den Kampf schon verloren. Wir fordern einen Fonds des Bundes zur Rekommunalisierung, um eine weitere Privatisierung zu verhindern und Entprivatisierungsbestrebungen zu unterstützen. Langfristig streben wir einen gemeinwohlorientierten Krankenhaussektor und die Übernahme bisher privater Häuser in diesen Sektor an. Kein Outsourcing in Tochtergesellschaften: Umfassendes In-Sourcing ausgelagerter Bereiche. Auch für die Qualitätssicherung ist wichtig, dass in den Krankenhäusern gilt: ein Haus, ein Tarif.

5. Gesetzliche Personalbemessung für alle Berufsgruppen im Krankenhaus: bedarfsgerecht, wissenschaftlich ermittelt, bindend. Für die stationäre Pflege müssen die Vorschläge von ver.di, Deutschem Pflegerat (DPR) und der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) zur Pflegepersonal-Regelung (PPR 2.0) umgesetzt werden. In allen patientennahen Bereichen muss eine gesetzliche Personalbemessung gelten.

Fabian Lambeck, www.links-bewegt.de

TERMINE

Datum	Zeit	Veranstaltung	Ort	Raum
Mi., 18.11.	15:00 Uhr	Telefonkonferenz der Stadtteilsprecher*innen	Rostock	
Mi.,16.12.	18:00 Uhr	Sitzung des LRO-Kreisvorstandes	Güstrow	Burghotel
13./14.3.	10:00 Uhr	Landesparteitag/Vertreter*innenversammlung zur Aufstellung der Liste zur Landtagswahl	Bergen auf Rügen	Parkhotel

DIE LINKE VOR ORT

KLINGELN HILFT

Ehrlich gesagt, war ich mehr als skeptisch. Das kann nur schiefgehen, dachte ich, als man uns hier im Norden ermuntern wollte, an Haustüren zu klingeln. Möglicherweise funktioniert diese Form politischer Aufdringlichkeit im Berliner Kosmos, aber doch nicht in Mecklenburg-Vorpommern! Abstand halten? Kein Problem. Machen wir sowieso. Und? Wie geht es Dir? Jo. Was macht die Arbeit? Naja. Und die Kinder? Alles gut. – Danke für die Unterhaltung. Nun, ich lag falsch. Aufgeregt und mit dem Gefühl im Bauch, ich wäre wieder 9 Jahre jung und auf dem besten Wege, einen Klingelstreich zu vollziehen, wagten wir den allerersten Schritt. Unterstützt von Robert Maruschke und Rainer Benecke (An dieser Stelle nochmal herzlichsten Dank für Eure Hilfe!) trauten wir uns und stellten schnell fest: Die meisten Einwohner*innen freuen sich, sind positiv überrascht und haben viel zu sagen. Eigene Sorgen, Probleme im Stadtteil oder die großen Fragen dieser Zeit – immer wieder sprudelte es nur so heraus und ein reges Gespräch entstand problemlos. Wer nicht reden will, schließt einfach die Tür.

Raus aus der Filterblase!

Ganz ehrlich, da erleben wir am Infostand unangenehmere Situationen. Stattdessen war und ist es ein unglaublich gutes Gefühl, fast schon eine Art Euphorie, den Menschen vor Ort so nah zu sein und ohne Infostand-„Schutzzone“ oder Giveaway-„Lockmittel“ miteinander reden zu können. Wir erfahren viele Dinge und können endlich mit Recht unsere Argumente beginnen mit: „Die Leute wollen dies oder das, sie fordern A oder B.“ Unser Profil als Kümmerin erwacht zu neuem Leben. In Vorbereitung auf Wahlen sind solche Gespräche Gold wert. Materialien und Strategien richten sich an echten, eigenen Erfahrungen aus, statt sich an Umfragen, Medienberichten oder Debatten in Gremien entlang zu hangeln. Raus aus der Filterblase! Rein in die Hausflure! Ja, man muss sich überwinden und ja, man ist jederzeit bereit, doch lieber wieder bedruckte Zettel in Briefkästen zu werfen. Diese „Furcht“ ist verständlich, aber unnötig. Ich glaube fest daran, dass Haustürgespräche DAS Mittel sind, um als LINKE durchzudringen, anzukommen und Wahlkreise zu gewinnen. Facebook, Instagram, Pressearbeit – wichtig, wichtig, wichtig. Aber ich weiß jetzt am Ende des Tages genau, wie viele Menschen ich erreicht habe. Jedes gute Gespräch bleibt länger in Erinnerung, wirkt nachhaltiger und verbreitet sich wirkungsvoller als ein Artikel von gestern.

Niemand muss dabei alleine sein

Übrigens, niemand muss dabei alleine sein: Schnappt Euch ein paar Mitstreiter*innen, lasst Euch fit machen (ich komme auch gerne mal bei Euch vorbei) und dann geht es los! Wer meint, Haustürgespräche seien nichts für sie oder ihn, irrt. Ich habe selbst erlebt, wie glücklich Kolleg*innen nach einer Haustür-Aktion waren, die sich zuvor mit Händen und Füßen gewehrt haben. Ab jetzt nerve ich unsere Basis und motiviere immer und immer wieder, loszuziehen. Mir machen die Gespräche großen Spaß und ich fühle mich abends gut. Wie oft fühlt Ihr Euch als politische Aktive gut am Abend? Könnte besser sein, oder? Ich sag mal: Klingeln hilft. *Eva-Maria Kröger*

IMPRESSUM

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock
Kröpeliner Straße 24
18055 Rostock
Telefon: 0381-4920010
Telefax: 0381-4920014
E-Mail: info@dielinke-rostock.de
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock, Geschäftsstelle Güstrow, Markt 34, 18273 Güstrow
Telefon: 03843-687311
E-Mail: landkreis-rostock@die-linke-mv.de
Internet: www.die-linke-landkreis-rostock.de

Redaktion: Peter Hörnig, Dr. Carsten Penzlin, Julia Schlaefer
Layout: Carsten Penzlin
E-Mail: redaktion.klartext@web.de

Spendenkonten der LINKEN:
Landkreis Rostock:
IBAN: DE31 2003 0000 0028 6067 07
BIC: HYVEDEMM300
Hypo-Vereinsbank
Rostock:
IBAN: DE51 1305 0000 0430 0020 84
BIC: NOLADE21ROS
OSPA Rostock
Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor.

Abonnement: 2,50 € pro Ausgabe
(Spende + Versandkosten)

LYRIK

Staatsbürger in Uniform?
(von Jürgen Riedel)

Die zwei letzten Worte: Ja
erstes Wort: Jein
oft Pseudostaatsbürger mit Nein
zur Demokratie
wie bei vielen Wehrmachtssoldaten

Seehofer Adenauer
(von Jürgen Riedel)

Ersterer in Treue zu Rechts:
nicht genauer
soll politfinsteres Ausmaß bei der Polizei
ermittelt werden
Letzterer bekämpfte selten
braunes Tätertum der Polizei
zwischen ‘33 und ‘45
ist heute oft demokratiefern
auch wegen des Schuld-Kanzlers

KULTURPOLITIK

Gemeinsame Erklärung der kulturpolitischen Sprecher:innen der Fraktionen DIE LINKE.

Für die Kultur- und Veranstaltungsbranche ist der „Lockdown light“ keinesfalls light, sondern bedeutet für die Beschäftigten eine zunehmende Verschärfung und Gefährdung ihrer beruflichen Existenz. Viele sind in einer existentiellen Notlage.
Nachdem die Theater, Konzerthäuser, Museen, Galerien & fast alle Kulturbetriebe alles dafür getan haben, um den Menschen ein sicheres Kulturerlebnis zu ermöglichen und damit ein konstruktiver Teil der Lösung und nicht des Problems sind, wird nun wieder alles dicht gemacht. Das, obwohl geeignete Ticketing-Systeme zur Anwendung kamen, Lüftungssysteme installiert wurden und die Bestuhlung umgebaut wurde, um die gebotenen Abstands- und Hygieneregelungen zu gewährleisten.
Doch trotz intensiver und vielseitiger Anstrengungen seitens der Kultureinrichtungen und einer nachweislich guten Einhaltung der Hygiene- und Schutzmaßnahmen heißt es wieder: The Show is over!
Der Veranstaltungsbranche gehen die Lichter aus, sodass die berufliche Existenz von über einer Millionen Beschäftigte gefährdet ist. In den 11 Teilbereichen der Kultur- und Kreativwirtschaft sind ca. 1,8 Mio. Beschäftigte tätig. Deutschland ist reich genug, um die Infrastruktur der Kultur- und Veranstaltungsbranche mitsamt ihrer Beschäftigten über die Corona-Krise zu retten. Einmal zerstörte kulturelle Infrastruktur kann nicht einfach so ersetzt werden. Kultur ist gesellschaftsrelevant und die Folgeschäden eines Kahlschlags, wie er billigend in Kauf genommen wird, werden verheerend sein: Denn ohne Kultur wird es still und düster!Das Konjunkturprogramm des Bundes wie auch der erleichterte Zugang zur Grundsicherung gehen an der Lebens- und Arbeitsrealität der Kultur- und Kreativschaffenden vorbei!
Die kulturpolitischen Sprecher*innen der Fraktionen DIE LINKE. der Landtage, des Bundestages und unserer Delegation im Europaparlament unterstützen deshalb nachdrücklich die Forderungen von Kultur- und Kreativschaffenden des Aktionsbündnisses Alarmstufe Rot!: https://vt-stage.com/wp-content/uploads/2020/10/Offener-Brief-der-freischaffenden-HumoristInnen-und-MusikerInnen.pdf
Die meisten von Ihnen bekommen weder Kurzarbeitergeld noch Arbeitslosengeld I und selbst die Grundsicherung bleibt vielen, trotz vereinfachtem Zugang, verwehrt. Die Soforthilfe des Bundes berechtigt sie auch nicht, bei bestehenden Liquiditätsengpässen auch Lebensunterhaltskosten anzurechnen.
Wir fordern deshalb die Bundesregierung und den Bundestag dringlich auf, entsprechend der am 05. Juni 2020 auf Initiative der Länder Berlin und Bremen beschlossenen Entschließung des Bundesrates, die Kriterien der sogenannten „Überbrückungshilfen“ des Bundes an die spezifischen Bedarfe der Kultur- und Kreativbranche anzupassen und einen Pauschbetrag als Einkommen zu ermöglichen.

Gewinner: Unser Genosse Seyhmus Atay-Lichtermann erhielt bei den Wahlen zum Rostocker Migrantenrat die meisten Stimmen und wurde zum Vorsitzenden des Gremiums gewählt. Herzlichen Glückwunsch und viel Erfolg!
Verlierer: Demoskopen. Das sind Menschen, die sich mit Meinungsumfragen wichtigtun, aber eigentlich keine Ahnung haben.

MONATSZITAT

„Statt um soziale Ungleichheit, Armutslöhne und niedrige Renten drehen sich linke Debatten heute oft um Sprachsensibilitäten, Gendersternchen und Lifestyle-Fragen. Diejenigen, für die linke Parteien eigentlich da sein sollten, also die Beschäftigten, die untere Mittelschicht, die Ärmeren, wenden sich deshalb ab. Von Arbeitern und Arbeitslosen werden linke Parteien kaum noch gewählt.“ Sahra Wagenknecht im Interview mit der Süddeutschen Zeitung. Aber stimmt das überhaupt?

MONATSZAHL

1,446 Billionen Euro kostet Corinakrise die Steuerkassen zusätzlich – durch höhere Kosten im Gesundheitssystem, die Konjunkturprogramme für die Wirtschaft, für medizinisches Material, internationale Hilfen und Wirtschaftsprogramme, für höhere Ausgaben der Sozialkassen, staatliche Garantien und wegfallende Steuereinnahmen.

LYRIK

Ernsthaft *(von Janina Niemann-Rich)*

Nachgefragt ist Seltenheit
Meinungsmache Einzug hält
ein Sinn ergibt sich aus dem Ganzen
nachgefragt statt zu verschanzen

Antwort auf Begriffe
(von Janina Niemann-Rich)

Meinung keine Frage von Bildung
die Urteil bildet

Gedankengebäude
(von Janina Niemann-Rich)

Über Wissen stuft Klugheit
Weisheit treppt höher